Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 9

Artikel: Israelis und Palästinenser : wer baut die Brücken zwischen ihnen?

Autor: Bergmann, Theodor

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355152

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Israelis und Palästinenser – wer baut die Brücken zwischen ihnen?

Theodor Bergmann

Der Nahe Osten gleicht einem grossen Pulverfass und ist ein Brennpunkt weltpolitischer Probleme. Viele seiner Länder sind arm an Menschen und Wasser, aber reich an Wüstensand, Erdöl und Erdgas. Die Konflikte rühren also nicht von der «Überbevölkerung» her, wie man uns in anderen Regionen glauben machen will. Der Kampf um das Existenzrecht Israels und um die Eigenstaatlichkeit der Palästinenser ist nur einer der zahlreichen Gründe der grossen Spannungen und inneren Unruhe. Einige andere sind: der Kampf der regionalen Staaten um das Erdöl und um seine Absatzmärkte, der Kampf zwischen Irak und Iran, die Kämpfe zwischen den arabischen Staaten um die «Führungsrolle in der arabischen Nation», die Angst vieler reaktionärer Regierungen um ihre Machterhaltung (z.B. Saudi-Arabien, andere Ölscheichtümer), der Kampf gegen die Friedenspolitik Ägyptens und seine Anerkennung Israels, die brutale Vernichtung der Kommunisten (in Libyen, Irak, Iran), der Wettlauf der USA und der SU um Einflusssphären, die Welle des Fundamentalismus, der Zeloten, die nach der Errichtung theokratischer islamischer Staaten nun den blutigen Kampf der Sekten um das Glaubensmonopol betreiben. (Handfeste materielle Interessen sind dabei nicht zu übersehen.)

Die lange Liste der Konflikte liesse sich weiter verlängern. Am stärksten fühlen wir uns jedoch betroffen vom langlebigen, scheinbar nicht zu lösenden Kampf zwischen Israel und den Palästinensern um das Lebensrecht im gleichen Land – in Cisjordanien, dem Gebiet zwischen Jordansenke und Mittelmeer, bestehend aus Kern-Israel (in den Waffenstillstandsgrenzen von 1948) plus Westbank und Gazastreifen. Unsere Betroffenheit als Linke – ein schillernder Begriff – rührt nicht von irgendeiner Art von Kollektivschuld. Leser der Gewerkschaftlichen Rundschau, den Schreiber dieses Beitrages trifft nicht einmal ein minimaler Anteil an der passiven Schuld vieler europäischer Regierungen, die Hitler bei seinen Verbrechen gewähren liessen oder gar mit seinen Zielen sympathisierten; schon gar nicht an der aktiven Schuld nationalsozialistischer Verbrechen, offen vorangekündigt, öffentlich durchgeführt von einer deutschen Regierung mit Unterstützung und Beifall mancher noch heute unter uns weilender Politiker, Professoren, Lehrer, Schreibender. Uns macht also nicht diese Vergangenheit mitschuldig. Aber wir können uns auch nicht aus der europäischen Geschichte abmelden, sie ignorieren. Das Problem Israel ist grossenteils durch die Verbrechen des Hitlerismus im besetzten Europa entstanden. Es wurde verschärft durch die arabischen Politiker jener Zeit, die sich mehrheitlich mit Hitler verbündeten, jede Immigration nach Palästina verhindern wollten und die fast wehr-

losen jüdischen Siedler blutig terrorisierten. Daran zerbrach die Hoffnung der meisten Siedler auf friedliche Koexistenz in einem binationalen Staat.
Aber selbst nach dem überwältigenden militärischen Sieg im Sechstagekrieg 1967 dachte die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Eshkol an eine sofortige Rückgabe aller nun besetzten Gebiete, «sobald der erste Telefonanruf (von den Nachbarstaaten) kommt». Die Masse der Israeli sagte «Dajenu»[1] – ihnen genügten die 20 700 qkm. Sie fürchteten, wie ihr damaliger Verteidigungsminister Dayan sagte, die demographische Gefahr, in ihrem Lande zur Minderheit zu werden, die Eskalation der Gewalt und die Demoralisation als Folgen langer Besatzung. Mit der Zeit wuchs der Nationalismus, angeheizt durch die Rechtskräfte in Israel, die Siedlergruppe Gush Emunim, die reaktionären Anhänger des Rabbi Kahane, der mit seinen Getreuen aus USA «einwanderte». Der von Begin geführte Rechtsblock Likud sammelte gerade diese Kräfte und versuchte, die orientalischen Juden gegen die europäischen Einwanderer auszuspielen, die etwas früher gekommen, etwas gebildeter und nicht in alten Sozialstrukturen gefesselt waren. Die Regierungsmehrheit Begins erweist sich als ein prinzipienloser, heterogener Block, der populistisch-demagogisch agiert und agitiert, den Nationalismus und die religiöse Eiferei schürt, mit Tricks und Wahlgeschenken seine Koalition zusammenhält. Menahem Begin selbst, «zunehmend ineffektiv, müde und zyklischen Stimmungen unterworfen»[2], ist zwar noch Meister der Rhetorik und Demagogie. Aber zu den grossen und weisen Staatsmännern Israels wird er kaum gerechnet werden. Innenpolitisch polarisiert er die politischen Kräfte. Wirtschaftlich höhlt seine Politik das Land aus. Aussenpolitisch wird es immer abhängiger von den USA und der Abenteuerpolitik Reagans, der er Israel als antisowjetischen Sperriegel anbietet, ein geopolitischer und strategischer Unsinn ersten Grades.
Die aggressive Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten gründet spektakulär immer neue Dörfer und plant, Hunderttausende Israelis und jüdische Einwanderer anzusiedeln. Das wirkliche Echo auf die grossen Kosten und Ausgaben ist minimal. Und die meisten der wenigen Siedler sind Pendler, die ihre Arbeitsplätze in Israel haben. Die wirtschaftliche Basis der neuen Dörfer ist sehr schwach. So gering der Erfolg ist, so sehr provoziert diese Politik die ansässige arabische Bevölkerung und erleichtert die Agitation der PLO. Aber sie entzweit und spaltet auch die jüdische Bevölkerung, deren eine Hälfte den militärischen Sinn, die Dauerhaftigkeit und die Priorität der Ausgaben nicht akzeptiert. Diese Hälfte wünscht die knappen Mittel für die dringenden Verbesserungen in Kern-Israel zu verwenden.
Ebenso spaltet das Libanon-Abenteuer Israel zutiefst. Noch in keinem der zahlreichen Kriege gab es eine so grosse und heftige Opposition wie im Libanon-Krieg. Nicht nur Eltern von Gefallenen protestierten und demonstrierten, auch aktive Soldaten, hohe Offiziere, Reservisten. Zahlreiche Frontoffiziere, auch aus den für ihre Disziplin gerühmten linken

Kibbutzim, verweigerten den Militärdienst im Libanon, wurden entlassen. Etwa 30 Soldaten aus den Kibbutzim wurden deswegen zu Haftstrafen verurteilt. Israels grösste Demonstration richtete sich gegen diesen ungeliebten, weithin abgelehnten Krieg. Die Teilnehmerzahl wird auf 250 000 bis 400 000 geschätzt. Neue Friedensgruppen bildeten sich, neben «Frieden jetzt» die Gruppe «Es gibt eine Grenze» – ein Slogan mit doppeltem Sinn: Er erinnert an die wirkliche Grenze des Landes und erklärt, dass man genug der Kriege habe. Ferner bildeten sich im bürgerlich-religiösen Lager Gruppen, die aus religiös-ethischer Motivation gegen die Kriegspolitik opponieren.
Denn für jedermann wird das Verwerfliche und Sinnlose des Libanon-Krieges offenbar. Dieser militärische Sieg sollte so viele Probleme endgültig lösen, auch die PLO vernichtend treffen. Es erwies sich als ein Pyrrhus-Sieg: alle erhofften Früchte sind Israel bereits entwunden; die grossen Opfer waren nutzlos. Die Verstrickung in die unlösbaren Brüderkämpfe arabischer Gruppen, Sekten, Kirchen wird immer tiefer. Und Krieg und Besatzung kosten viel mehr Menschenleben als die jahrelangen Grenzüberfälle aus dem Libanon. Der «Sieg» und das Prestige der Regierung Begin sind zu einer Falle geworden: die syrische Regierung bestimmt faktisch mit, unter welchen Bedingungen die israelischen Truppen aus dem Libanon abziehen werden.
Die Opposition gegen den Rechtskurs, der mit Kraftmeierei und Eifertum das Land innerlich und nach aussen schwächt, ist vielfältig, aber nicht sehr klar und entschieden in Zielen und Aussagen. Die grosse Mehrheit des Maarach, der Dachorganisation der drei sozialistischen Richtungen, ist gegen Libanon-Krieg und Begins Siedlungspolitik, für eine friedliche Lösung des Konfliktes; eine Minderheit gehört zu den «Falken» und übernimmt die «Sicherheitsargumente» ihres verstorbenen Führers Allon. Aber die Mehrheit des Maarach ist wiederum uneins über den Weg zur Lösung, ob Anerkennung der PLO oder «jordanische Lösung». Die Frieden-jetzt-Bewegung geht weit über den Maarach hinaus, umfasst grosse Kreise des liberalen, aus Europa kommenden Mittelstandes, manche jüngere Anhänger der gemässigt religiösen Gruppen.
Die Stärke der Rechten und Linken, der «Falken» und «Tauben» in der Gesamtbevölkerung ist schwer auszumachen. In etwa sind die beiden grossen Lager fast gleich gross. Meinungsumfragen sind in diesem Lande und unter diesen ständig wechselnden Umständen noch weniger aussagekräftig als anderswo: Gegenwärtig oder nach dem «Sieg» im Libanon mag Begin mit seinen fragwürdigen, häufig wechselnden unzuverlässigen Koalitionspartnern das Übergewicht haben. Ich bin aber überzeugt, dass ein PLO-Angebot, wie das von Sadat 1977, eine grosse Mehrheit der Israelis einschliesslich der arabischen Minderheit in Kern-Israel und der Araber der besetzten Gebiete begeistern würde.
Es wäre eine unzulässige Vereinfachung, die Schuld für den langandauernden Konflikt zwischen Israel und der PLO und für den toten Punkt allein bei der israelischen Seite und der gegenwärtigen Regierung Israels

zu suchen. Man braucht nicht zurückzugehen in der Geschichte zur Nazi-Kollaboration der arabischen Politiker oder zu Shukeiri, der die Juden ins Meer werfen wollte, oder zur PLO-Charta, die die Anerkennung Israels explizite verweigert, oder ähnlichen historischen Fakten.
In der Gegenwart gibt es starke und finanzstarke Kräfte in und hinter der PLO, die aus verschiedenen Gründen Israels Existenzrecht noch immer nicht anerkennen wollen. Einige milliardenschwere Politiker in Libyen, Saudi-Arabien, Irak beeinflussen durch ihre Subsidien, ihre «Gastfreundschaft» und die von ihnen abhängigen Fraktionen die PLO-Entscheidungen.
Es ist unklar, wie stark die Fraktionen der «Anerkenner» und der «Verweigerer» sind und welchen Teil der Palästinenser sie wirklich vertreten. Aber das Schicksal Sadats und jüngst Issam Sartawis zeigt, dass von mächtigen Gruppen Wille zum Frieden mit Israel als Landesverrat und todeswürdig angesehen wird. Wenn also Arafat selbst bereit wäre, das nach Auschwitz unverzichtbare Existenzrecht Israels anzuerkennen, so müsste er nicht nur um seine Position als PLO-Führer, sondern um sein Leben fürchten.
Offenbar ist die in sich heterogene PLO-Führung und ein Grossteil der Politiker der arabischen Staaten noch nicht reif, das Faktum Israel völkerrechtlich anzuerkennen – unabhängig von den Grenzen, auch nicht in den Grenzen von 1948–67. Diese politisch-psychologische Hürde scheint höher als umgekehrt bei den Israelis die Hürde des Verständnisses für die Unvermeidbarkeit der friedlichen Koexistenz mit einem Palästinenser-Staat auf der Westbank und im Gazastreifen. (Dabei bliebe der staatsrechtliche Status Ost-Jerusalems noch ein heikles, aber schliesslich nicht unlösbares Problem.) Beide Seiten haben also noch Hürden zu nehmen. In Israel ist die Bereitschaft dazu grösser – trotz Begins Reden und Scharons «Siegen» (oder gerade wegen der Nutzlosigkeit dieser Siege). Aber bei einigen PLO-Funktionären hat ein langsamer Lernprozess begonnen.
Beiden Seiten liesse sich in Einzelpunkten mangelnde Logik vorwerfen. Das nützt aber ebensowenig wie eine Aufrechnung der von beiden Seiten in einem nun fünfzigjährigen Ringen begangenen Untaten. Vielmehr kommt es darauf an, Brücken zu schlagen, über die man zu einem Frieden schreiten kann, in dem das gegenseitige Misstrauen *allmählich* abgebaut wird. Das wäre die grosse Aufgabe von Linken und Internationalisten in einer Zeit überall und gefährlich wachsender Nationalismen. Linke in Europa – was immer dieser schillernde Begriff heute bedeuten mag – haben eine besondere Verantwortung. Sie müssen mit Worten wie Faschismus, Rassismus, Antizionismus sehr sparsam umgehen.
Diese Worte, wie auch die von Begin allzuoft benützten Worte von Holocaust und Genocid[3], werden allmählich abgenutzt und die in der Menschheitsgeschichte einzigartigen Verbrechen des Hitlerregimes durch unsinnige Vergleiche bagatellisiert.

Weder die Sozialistin Golda Meir noch der reaktionäre Begin sind Faschisten, wenn auch Tendenzen zum Abbau demokratischer Rechte und Verfahren unter Begin unverkennbar sind. Israel ist nicht gleich Südafrika, auch wenn moslemische Araber nicht in der Armee dienen (dürfen). Europäische Linke sollten ihren palästinensischen Gästen erklären, was und wie der Hitlerismus wirklich war, damit auch sie ihre Worte besser wählen.

Die Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus ist falsch. Denn der Zionismus war die nationale Befreiungsbewegung der Juden, leider die einzige Kraft, die Juden vor der europaweiten Vernichtung von 1933–45, vor der Endlösung der Judenfrage zu retten versuchte. Mit der Staatsgründung 1947/48 hat der Zionismus seine historische Aufgabe erfüllt. Antizionismus heute bedeutet die Negierung dieses Staates, in dem etwa 3,5 Millionen Juden leben. Die feine Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus bedeutet wenig. Denn auch jene Hälfte der israelischen Juden, die mit den Demarkationslinien von 1948 als Grenzen zufrieden sind, alle Expansionswünsche der Rechten ablehnen, leben dort dank dem Erfolg der zionistischen Bewegung. Unsinnig und unrealistisch ist auch die scheinbar internationalistische Forderung der Auflösung des Nationalstaates Israel und seiner Ersetzung durch einen «laizistischen» Staat von Moslems, Juden und Christen.

(Wer das übrigens ernsthaft vorschlägt, könnte sich nicht mit logischen Argumenten gegen Begins Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten wenden!)

Alle Bemühungen um Gespräche zwischen den Friedenswilligen in Israel und bei der PLO sind zu unterstützen. Druck ist notwendig auf beide Seiten zur gegenseitigen Anerkennung, die den Weg freimacht für einen palästinensischen Staat neben Israel im Gebiet westlich des Jordan (West Bank und Gaza-Streifen). Friedliche Koexistenz kann zur Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung führen, die Raum für beide Volkswirtschaften schafft. Für die Rüstungsindustrie sehr einträgliche massive Rüstungslieferungen heizen die Gegensätze an, verführen die Ultras zu weiteren militärischen Aktionen und höhlen die Wirtschaftskraft der armen Nahostländer aus. Rüstungsgeschäfte und -exporte aus europäischen Ländern zu verhindern, sollte ein wichtiges Anliegen der Linken sein.

Einige deutsche Schriftsteller haben jüngst ihre Teilnahme an einer israelischen Buchausstellung abgesagt – offenbar als Protest gegen Begins Politik. Der Protest ist zu begrüssen. Aber ist er wirksam? Wäre es nicht wirksamer, wenn unbelastete und geachtete Schriftsteller in Jerusalem ihre Kritik öffentlich vortrügen und damit die Opposition gegen diese Regierung durch teilnehmende Solidarität ermutigten und bestärkten?

[1] Hebräisch für: «Es genügt uns».

[2] so die angesehene Zeitung «Jerusalem Post» in ihrer Wochenausgabe für 13.–19.2.83.

[3] Holocaust steht für nazistische «Endlösung der Judenfrage»; Genocid für Vernichtung ganzer Stämme oder Völker.